

## Was will die KMK? „Schweiger“ in der Mehrheit

In der Kultusministerkonferenz gibt es keine einheitliche Linie mehr, wenn es um die Rechtschreibreform geht. In einer telefonischen Konferenzschaltung, an der nahezu alle Kultusminister und -ministerinnen teilgenommen haben, haben sich drei Blöcke heraus kristallisiert: Die Präsidentin der KMK, die rheinland-pfälzische Ressortchefin Doris Ahnen, hat vor allem einen Teil ihrer weiblichen Amtskollegen hinter sich gebracht, darunter auch die bayerische und die baden-württembergische Kultusministerinnen, Monika Hohlmeier und Annette Schavan. Niedersachsen und das Saarland wollen wenigstens teilweise zurück zur alten Schreibweise. Der größte Block sind die Schweiger in der KMK. Dazu zählen Bremen, Hamburg und Berlin ebenso wie die meisten ostdeutschen Länder, die sich an der Debatte kaum oder gar nicht beteiligt haben. Eine formelle Abstimmung hat es nicht gegeben, so dass nicht feststellbar ist, wie die Mehrheitsverhältnisse in dem Gremium tatsächlich sind. Ein möglicher Kompromiss, wie ihn das Saarland und Niedersachsen anvisieren, könnte so aussehen, dass die Rückkehr zur alten Schreibweise nur in Teilen erfolgt, d.h. Änderungen, über die allgemein Konsens besteht, sollen weiter gelten. Die „Beharungsfront“ der Kultusministerinnen setzt dagegen auf Zeit und will die Frage wohl aussitzen.

Eine Aufhebung des jüngsten Beschlusses der KMK, die Rechtschreibreform endgültig zum 1. August 2005 verbindlich zu regeln, ist nur mit einem erneut einstimmigen Beschluss der Kultusminister durchzusetzen. Die KMK will zunächst einen „Rat für Rechtschreibung“ einsetzen. Wie dieses Gremium besetzt sein soll, steht noch nicht fest, soll aber in einigen Wochen bekannt gegeben werden.

Die uneinheitliche Haltung der KMK zur Rechtschreibung ist interessanterweise auch innerhalb der Länder zu beobachten. So sind sich z.B. in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, im Saarland und auch in Sachsen-Anhalt die Kultusminister mit ihren eigenen Ministerpräsidenten in dieser Frage nicht einig. In der Ministerpräsidentenkonferenz könnte sich demnach wieder ein ganz anderes Bild der Mehrheitsverhältnisse zeigen.

Mittlerweile bekommen der Spiegel, Springer-Verlag und Süddeutsche Zeitung immer neue Anhänger für ihre Abkehr von der neuen Rechtschreibung. Aktuell ist jetzt die Wochenzeitung Rheinischer Merkur dazu gekommen. Gespannt wird darauf gewartet, wie sich die Deutsche Presse-Agentur in dieser Frage verhält, die für viele Zeitungen Vorbild ist. Wie es heißt, hat dpa allerdings die Rechtschreibreform in vollem Umfang ohnehin nicht nachvollzogen. Es soll dort eine interne Richtlinie geben, wonach etwa die Zeichensetzung oder die volle Eindeutschung ausländischer Bezeichnungen wie Mayonnaise oder Ketchup nicht übernommen wird. *rundblick*



Die Übung der Rechtschreibung nimmt in den Schulen viel Raum ein. Mehr als 15 Millionen Schüler haben nach den neuen Regeln gelernt. Soll dies umsonst gewesen sein?

### Reformstreitigkeiten: Zur hitzigen Debatte um die Rechtschreibreform

## Kein ganz großer Wurf

Es gab Zeiten, in denen wurden nur solche Maßnahmen als Reformen bezeichnet, die geeignet waren die Lebenslage vieler Menschen spürbar zu verbessern. Nach über 20 Jahren mehr oder weniger neoliberal inspirierter Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gilt praktisch das Gegenteil. Die diversen Steuer-, Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarkt-„reformen“ sollten und sollen die Lebensansprüche immer größerer Bevölkerungsteile einschränken, weil sich paradoxer Weise davon, dass es vielen Menschen schlechter geht, eine deutliche Verbesserung der Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen sowie der allgemeinen Zukunftsaussichten versprochen wird. Belastet wurden und werden vor allem ohnehin Belastete; profitiert haben eher wenige, von denen etliche inzwischen jedes soziale Augenmaß verloren haben. Gelöst wurde kein einziges der drängenden Probleme.

Hier und dort zeigen sich Ansätze zu breiter Gegenwehr der Betroffenen, so die „Montags-Demonstrationen“ neuen Typs gegen „Hartz IV“. Manch „Reformpolitiker“ nimmt diese irritiert bis fassungslos zur Kenntnis oder versucht gegen sie an zu moralisieren; einige Bierdeckel-Ökonomen, denen alles eigentlich noch nicht weit genug geht, äußern demonstrativ Verständnis.

### Die Fronten verlaufen quer durch Parteien und gesellschaftliche Gruppen

Ganz anders sieht die Gemengelage bei der wieder entflammten Debatte über die Rechtschreibreform aus. Da kein unmittelbarer Zusammenhang mit Wirtschafts- und Sozialpolitik vorliegt, sondern eher allgemeine Kulturpolitik im Vordergrund steht, verlaufen die Fronten quer durch Parteien und gesellschaftliche Gruppen.

Nach längerem Vorlauf war 1998 zwischen den deutschsprachigen Ländern die Umsetzung einer – verglichen mit älteren Vorschlägen – moderat reformierten Rechtschreibung vereinbart worden. Im Juni 2004 beschlossen die deutschen Kultusminister einstimmig die Rechtschreibreform nach sechs Jahren Übergangszeit verbindlich zum 1. August 2005 an Schulen und Ämtern einzuführen.

Dagegen regte sich erneut Widerstand. Niedersachsens Ministerpräsident Wulff sprach sich für die Rücknahme der Reform aus, inzwischen auch sein Kultusminister. Wulff folgten der saarländische Ministerpräsident Müller, der NRW-CDU-Vorsitzende und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Rüttgers und, damit darf in solchen Situationen immer gerechnet werden, die FDP-Viel-Talker Gerhardt und Brüderle.

Die Chefredakteure des SPIEGEL und der Springer-Blätter beschlossen ein Zurück zur alten Schreibweise. Andere Medien folgten.

Allerdings gibt es auch andere Stimmen. Die CDU-Kultusministerinnen Schavan (BaWü) und Wolff (Hessen) stehen zur Reform, FOCUS, Frankfurter Rundschau und taz ebenfalls. Die Kinder- und Schulbuchverlage sind aus Kostengründen gegen eine Wende zurück.

Nun sollen Kultusminister und Ministerpräsidenten im Oktober 2004 erneut entscheiden. Die Schweiz und Österreich halten unverändert an der Reform fest.

### Warum die ganze Aufregung?

Warum diese Aufregung? An den Schulen hat es bislang keine nennenswerten Probleme mit der Umstellung gegeben. Tausende Lehrkräfte haben Millionen Schülerinnen und Schülern geholfen sich die neuen Regeln anzueignen und anzuwenden. Soll ihnen ohne



Not eine Kehrtwende zugemutet werden, vielen Anfängerinnen und Anfängern dann sogar zu einer vorher nicht gelernten alten Rechtschreibung?

Den Lehrkräften wird ständig abverlangt für alle möglichen gesellschaftlichen Defizite schulisch in die Bresche zu springen. Wenn

nun alles nicht wahr gewesen sein soll, würde dies ihren Stand bei solchen Schülerinnen und Schülern, die von Schule und Lernanstrengungen ohnehin nicht viel halten, zusätzlich erschweren. Dazu darf es nicht kommen.

Wulf würde sicher gern in Kauf, wenn in Niedersachsen mehr über die Rechtschreibung als über seine Kürzungsprogramme gestritten würde; in NRW und im Saarland stehen Wahlen bevor.

Kein Zweifel auch: Umlernen ist aufwändiger als Neulernen. Indes wird niemand außerhalb von Schulen und Ämtern zur Umstellung verpflichtet.

Der ganz große Wurf war die Rechtschreibreform zu keinem Zeitpunkt. Nüchtern betrachtet gestaltet sie einiges logischer und einfacher. Wo Defizite deutlich werden, müssen sie behoben werden. Ein Rat für deutsche Rechtschreibung bei der KMK, in dem auch Kritiker Gehör finden, könnte ein Schritt nach vorn sein.



Wenn die Rechtschreibreform künftig ohne interessierte Aufregungen und Eitelkeiten wie bei handelndem Lernen üblich angegangen würde, könnte sie nach langer Zeit erstmals wieder eine Reform werden, die diese Bezeichnung auch verdient.

RICHARD LAUENSTEIN

EuW-Gastkommentar zur Diskussion um die Rechtschreibreform

## Streit nicht auf dem Rücken der Schüler austragen

VON DORIS AHNEN

Die Rechtschreibreform, die das Ergebnis eines Ende der siebziger Jahre eingeleiteten breiten Diskussionsprozesses auf internationaler Ebene ist, hat aktuell zu einer Debatte geführt, die einige zentrale Punkte, die vor allem den Kultusministerinnen und Kultusministern wichtig waren und sind, fast völlig ausblendet. Es geht nämlich um die Erlernbarkeit der Schriftsprache, es geht um ein gemeinsames Vorgehen im deutschsprachigen Raum, und es geht auch um die Verlässlichkeit getroffener Entscheidungen.

### Schriftsprache soll möglichst leicht erlernbar sein

Ziel und Kern der Reform war und ist, das Erlernen der deutschen Schriftsprache zu erleichtern. Und dieses Ziel hat die 1996 beschlossene Reform nach allen Erfahrungsberichten erreicht. So wurde die Zahl der Rechtschreibregeln durch die Reform auf etwa die Hälfte reduziert. Mehr als 15 Millionen Schülerinnen und Schüler haben seither allein in Deutschland nach den neuen Regeln gelernt, die in den Schulen weitestgehend problemlos umgesetzt werden. Viele Lehrerinnen und Lehrer berichten zudem, das Schreibenlernen falle Kindern dadurch leichter.

### Mehr als 15 Millionen Schüler haben nach den neuen Regeln gelernt

Schülerinnen und Schüler lernen und schreiben nicht nur in Deutschland, sondern insbe-

sondere auch in Österreich, der Schweiz und Liechtenstein nach den neuen Regeln. Gerade weil die Sprache eine hohe Bedeutung hat, war und ist diese internationale Abstimmung unverzichtbar. Jedes andere Vorgehen hätte zwangsläufig einen Bedeutungsverlust für die deutsche Sprache zur Folge.

Dass Ältere sich erst an die Umstellung gewöhnen mussten und vielleicht noch müssen, das kann ich nachvollziehen. Aber von den Neuregelungen der Rechtschreibreform sind nach Feststellung der Duden-Redaktion gerade mal zwei Prozent der Wörter eines Textes betroffen; 95 Prozent von diesen Veränderungen berühren den Ersatz von (scharfem) „ß“ durch Doppel-s, der ganz überwiegend akzeptiert und begrüßt wird. Ich fände es gut, wenn möglichst viele Erwachsene den Kindern als gutes Beispiel vorangehen würden, auch wenn die Rechtschreibregelung keine Bindung für den privaten Bereich entfaltet.

Kein Verständnis habe ich für die Entscheidung von Springer-Verlag und SPIEGEL, der wenige andere Printmedien folgen wollen, zur „alten“ Rechtschreibung zurückzukehren. Das schafft völlig unnötige Verunsicherung und lässt außer Acht, dass auch die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage ebenso wie viele andere, die sich mit dem geschriebenen Wort beschäftigen, an der Reformdiskussion beteiligt waren.

Und was mir besonders wichtig ist: Der Streit um die Rechtschreibung darf nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden. Vor allem ihnen ist eine Rücknahme der Rechtschreibreform nicht zumutbar – ganz abgesehen von den Kosten für einen solchen



Doris Ahnen.

Foto: t.w.klein photography

Schritt, die von den Schulbuchverlagen bundesweit auf 250 Millionen Euro beziffert werden.

### Sprache lebt

Die Übergangsfrist für die gemäßigte Fehlerkorrektur in den Schulen soll am 1. August 2005 enden. Das heißt jedoch nicht, dass sich die deutsche Sprache und ihr mündlicher und schriftlicher Gebrauch in Zukunft nicht mehr verändern werden. Sprache lebt, sie wird von Menschen benutzt und genutzt, sie wandelt sich. Deshalb will die KMK gemeinsam mit den anderen deutschsprachigen Ländern einen „Rat für deutsche Rechtschreibung“ einrichten, an dessen konkreter Ausgestaltung zurzeit gearbeitet wird. Dieser Rat, der ausdrücklich auch ein Angebot an die Kritiker der jetzigen Reform ist, soll die Aufgabe haben, die Entwicklung der Sprache und des Schriftgebrauchs weiter zu beobachten und gegebenenfalls Veränderungen vorzunehmen.

Doris Ahnen ist Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz. Sie ist amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz.